

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 94 (2003)
Heft: 12

Rubrik: Organisationen = Organisations

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Der Gewässerpreis 2003: eine Statue eines liegenden Menschen mit einem Fisch im Arm liegt im wieder geöffneten Bach in Oerlikon (Bild: www.ingenieurbiologie.ch).

Gewässerpreis Schweiz 2003

Der diesjährige Gewässerpreis Schweiz der vier Organisationen Pro Natura, Verein für Ingenieurbiologie (VIB), Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband (SWV) und Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) wurde an die Stadt Zürich verliehen. Die Auszeichnung erfolgte für die vorbildlichen Leistungen Zürichs in den Bereichen Bachrenaturierung sowie Wasserkraftnutzung.

Bundesamt für Energie BFE veröffentlicht drei Studien zur Elektrizitätswirtschaftsordnung

(bfe) Die erste Studie analysiert den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess zu dem in der Referendumsabstimmung gescheiterten EMG. Die zweite Untersuchung befasst sich mit Umschulungs- und Vermittlungsmassnahmen in der Elektrizitätsbranche im Rahmen von Umstrukturierungen und zeigt Lösungsansätze auf. Die dritte Studie liefert eine Übersicht und Beurteilung des kantonalen Rechts in Bezug auf die Elektrizitätswirtschaftsordnung.

Analyse des Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses zum Elektrizitätsmarktgesetz

Die Studie untersucht aus politikwissenschaftlicher Sicht die Gründe, welche im September 2002 zur Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) geführt haben. Dazu werden vier Teilanalysen durchgeführt: Erstens wird das gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Umfeld (Liberalisierungsdebatten in Kalifornien und Grossbritannien, Service public und Post, Wirtschaftsskandale) aufgezeigt, in welchem die Abstimmung

stattfindet. Zweitens wird die Entstehung des Gesetzes und der Verordnung auf Grund von Dokumenten und Interviews mit Entscheidungsbeteiligten rekonstruiert. Drittens wird die Abstimmungskampagne anhand einer Analyse von Abstimmungsinseraten sowie der EMG-Debatte im redaktionellen Teil der Tagespresse analysiert. Viertens werden die Entscheidungsmotive der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf Grund der VOX-Umfragen ergründet und mit früheren Energieabstimmungen verglichen.

Die Studie kommt u.a. zum Schluss, dass die Referendumsabstimmung zu einem für das Gesetz ungünstigen Zeitpunkt stattfand. Die sonst bei Energievorlagen vorhandene Polarisierung zwischen linken und rechten Kräften spielte kaum eine Rolle – das EMG wurde über alle politischen Lager hinweg abgelehnt. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten das EMG ab, weil es ihnen als Konsumentinnen und Konsumenten keinen unmittelbaren Vorteil versprach.

Hanspeter Kriesi, Timotheos Frey, Thomas Milic und Erwin Rüegg, Analyse des Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses zum Elektrizitätsmarktgesetz, Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich, Vertrieb: BBL, 3003 Bern, Bestell-Nr. 805.286d.

Lösungsansätze für Umschulungs- und Vermittlungsmassnahmen bei Umstrukturierungen in der Elektrizitätswirtschaft

Das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) enthielt Bestimmungen zum Schutz des Personals der Elektrizitätswirtschaft, welche in der Elektrizitätsmarktverordnung (EMV) detailliert wurden. Diese gesetzlichen Grundlagen hätten die Elektrizitätswirtschaft zu Massnahmen im Bereich der Weiterbildung, Umschulung und Vermittlung verpflichtet.

Das Bundesamt für Energie BFE unterstützte – bereits vor der Referendumsabstimmung – die Umsetzung dieser Bestimmungen der EMV. Eine im Sommer 2002 eingesetzte Arbeitsgruppe aus dem Kreis der Elektrizitätswirtschaft, der Arbeitnehmerorganisationen und des Bundes begleitete die Studie. Diese beinhaltet eine Bestandsaufnahme des elektrizitätswirtschaftlichen Arbeitsmarkts und Lösungsansätze für Umschulungs- und Vermittlungsmassnahmen im Rahmen von Umstrukturierungen.

Die Studie zeigt u.a., dass der Personalbestand in der Elektrizitätswirtschaft zwischen 1998 und 2001 – parallel zum gesamtschweizerischen Trend auf dem Arbeitsmarkt – um 3 bis 3,4 Prozent reduziert wurde. Dieser Abbau erfolgte jedoch nicht auf Grund von

Umstrukturierungen und wurde zumeist durch Frühpensionierungen oder den Verzicht auf Ersatzanstellungen aufgefangen. In den nächsten Jahren ist nicht mit einem stärkeren Abbau zu rechnen.

Die Studie kommt zum Schluss, dass die Arbeitsmarktchancen für Personen von gefährdeten Stellen in der Elektrizitätswirtschaft relativ gut sind: Namentlich gelernte und hoch qualifizierte Berufsleute mit technischen und handwerklichen Berufen sind vielseitig einsetzbar. Die Autoren unterstreichen die Bedeutung von Weiterbildung, u. a. im Zusammenhang mit internen Umbesetzungen, und weisen auf konkrete Lösungsansätze für die Elektrizitätswirtschaft (z. B. brancheninternes Vermittlungszentrum) hin.

Marcel Egger und Véronique Merckx, Lösungsansätze für Umschulungs- und Vermittlungsmassnahmen bei Umstrukturierungen in der Elektrizitätswirtschaft, Egger, Dreher & Partner AG, Bern: Vertrieb: BBL, 3003 Bern, Bestell-Nr. 805.285d (deutsch), 805.285f (französisch)

Die Elektrizitätswirtschaftsordnung (Übersicht und Beurteilung des kantonalen Rechts)

Die Untersuchung des Instituts für Föderalismus stellt die Rechtsnormen aller Kantone gemäss einem vorgegebenen Fragenkatalog zusammen. Im Rahmen der Etablierung einer neuen schweizerischen Elektrizitätswirtschaftsordnung stehen die folgenden drei rechtlichen Teilbereiche im Zentrum:

- Versorgungspflicht,
- Gewährleistung des Service public mit besonderer Berücksichtigung der Versorgungssicherheit,
- Energieplanung.

Es wurden im Rahmen des Mandats die kantonalen Elektrizitätsgesetze, die allgemeine Gesetzgebung zum Energiewesen, die Bestimmungen zu den Wasserrechten und zu den Wasserkraften sowie die Konzessionen analysiert.

B. Waldmann, J.-L. Gassmann, M. Roth, M. Sulser und C. Verdon, Die Elektrizitätswirtschaftsordnung, Institut für Föderalismus, Universität Freiburg, Vertrieb: BBL, 3003 Bern, Ordner oder CD-Rom, dreisprachig.